



Regionalgruppe Karlsruhe
Burkhard Gauly
Wiesbadener Str. 20b
76185 Karlsruhe
Telefon 0721/758640
Fax: 0721/7918813
gauly@foni.net
www.gfbv.de
02.10.2011

Konzert der Karawane

Ein Frühstück in Kashgar verlängert das Leben

Eine musikalische Reise zum Volk der Uiguren

Am Samstag, 22.10.2011, 20:00 Uhr.

TOLLHAUS, Kulturzentrum, Schlachthausstr. 1, 76131 Karlsruhe

Eintritt: 10.- €, ermäßigt 5.00 €

Zum politischen Hintergrund

Bei Unruhen in der chinesischen Provinz Xinjiang im Nordwesten Chinas, die von dem muslimischen Turkvolk der Uiguren als Ostturkestan bezeichnet wird, wurden im Juli 2009 offiziellen chinesischen Angaben zufolge 197 Menschen getötet und mehr als 1600 Personen verletzt. Mehr als 2240 Uiguren wurden laut Behörden verhaftet. Die Ausschreitungen zwischen Han-Chinesen und Uiguren verdeutlichen die gescheiterte Nationalitätenpolitik Pekings.

Keine andere ethnische „Minderheit“ in China leidet so sehr unter der repressiven Politik wie die Uiguren. Seit 1997 wurden mehr als 700 Uiguren aus politischen Gründen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Chinesische und internationale Rechtsgrundsätze wurden in den verfahren regelmäßig missachtet. 1984 wurde zwar ein Nationalitätengesetz beschlossen, dass ethnischen Minderheiten weitgehende Selbstverwaltung und auf das Recht auf Pflege der eigenen Kultur und Sprache eingeräumt.

Tatsächlich aber klappt in Xinjiang (chinesisch für „Neue Gebiete“) ein tiefer Spalt zwischen Verfassung und Alltagspraxis. Die Förderung der uigurischen Sprache in so genannten „Minderheiten- Schulen“ wird seit einer Erziehungsrichtlinie der Kommunistischen Partei im Jahr 2004 mit der schrittweisen Schließung dieser Schulen ausgehöhlt. Han- Chinesen werden bei der Vergabe von Arbeit und Posten in Wirtschaft und Politik sowie bei Behörden bevorzugt und verdienen im Durchschnitt weitaus mehr als Uiguren. Durch die staatliche Ansiedlungspolitik von Han- Chinesen leben mit sieben Millionen beinahe so viele Han- Chinesen wie Uiguren im Nordwesten Chinas. Bei der Gründung der Volksrepublik China 1949 gab es dort nur rund 300 000 Han- Chinesen.

Religiöse und kulturelle Unterdrückung

Moscheen und Koran- Schulen werden immer wieder willkürlich geschlossen. Öffentlich verbrennen die Behörden religiös und kulturell bedeutende Schriften. Imame werden zur Teilnahme an Umerziehungskursen der Kommunistischen Partei gezwungen, um sie auf Parteilinie zu bringen. Minderjährigen ist es untersagt, in jeglicher Form an religiösen Aktivitäten teilzunehmen.

Im Februar 2009 begann die chinesische Regierung unter dem Vorwand der „Renovierung“ mit der Zerstörung der Altstadt von Kashgar, einer der kulturhistorisch bedeutendsten Städte Zentralasiens. Über 85 Prozent der Bausubstanz sollen vernichtet wer-

den. Während die offizielle Begründung lautet, die Bevölkerung solle besser vor Erdbeben geschützt werden, handelt es sich tatsächlich um den Versuch, ein Zentrum der uigurischen Identität und des friedlichen Widerstands auszulöschen. Die teilweise Jahrhunderte alten Gebäude haben aufgrund ihrer besonderen Konstruktion in Lehmbauweise schon häufig Erdbeben standgehalten. Über 220 000 Menschen sollen in den nächsten Jahren in Außenbezirke Kashgars umgesiedelt werden.

Xinjiang/Ostturkestan besitzt für China große strategische und wirtschaftliche Bedeutung: 2008 wurde die Region zum zweitwichtigsten Erdölproduzenten in der Volksrepublik. Wurden 1990 in der Region nur sieben Millionen Tonnen gefördert, so waren es im vergangenen Jahr bereits 27,4 Millionen. In Ostturkestan werden Erdölreserven in Höhe von 20,9 Milliarden Tonnen sowie Erdgasbestände von 10,8 Billionen Kubikmeter vermutet.

Rebiya Kadeer diffamiert

So wie 2008 der Dalai Lama von der Führung in Peking als „Wolf im Schafspelz“ bezeichnet und zum Drahtzieher der Unruhen in Tibet gemacht wurde, ist es die Präsidentin des Weltkongresses der Uiguren, Rebiya Kadeer, die angeblich die Demonstrationen im Juli 2009 in der Provinzhauptstadt Urumqi und anderen Städten gesteuert haben soll. Damals wie heute konnte die chinesische Führung keine Beweise für ihre Anschuldigungen liefern. Rebiya Kadeer befand sich bis zu ihrer Freilassung im März 2005 mehrere Jahre in chinesischen Gefängnissen. Sie wurde wiederholt gefoltert. Heute lebt sie in den USA, wurde dreimal für den Friedensnobelpreis nominiert. Einige ihrer Kinder befinden sich in China weiterhin in Haft beziehungsweise unter Hausarrest

Die Gesellschaft für bedrohte Völker

fordert die deutsche und europäische Politik auf

- sich gegenüber der Regierung Chinas für die Aufnahme eines echten politischen Dialogs zwischen China und den Uiguren und anderen Minderheiten einzusetzen;
- ein Ende der Zerstörung Kashgars zu fordern und sich für die Aufnahme der Stadt auf die UNESCO- Weltkulturerbe-Liste einzusetzen;
- die chinesische Regierung zur Freilassung der Kinder Rebiya Kaders zu drängen.:

Veranstalter:

Gesellschaft für bedrohte Völker, Regionalgruppe Karlsruhe www.gfbv.de
in Zusammenarbeit mit dem Kulturzentrum TOLLHAUS